

Energiewirtschaftliche Rundschau = Tour d'horizon énergétique

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **69 (1978)**

Heft 21

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kernenergie im Rampenlicht der Öffentlichkeit

Anlässlich der Generalversammlung der Elektrowatt AG vom 2. Oktober 1978 hat Herr Dr. H. Bergmaier, Delegierter des Verwaltungsrates, einige grundsätzliche Ausführungen über die anstehenden Fragen der Kernenergie gemacht, die wir im folgenden leicht gekürzt wiedergeben.

Die Fragen der Kernenergie haben in den letzten Jahren den Charakter einer tiefgreifenden Auseinandersetzung angenommen, und diese wird sich vermutlich in den nächsten Monaten zu einem vorläufigen Höhepunkt steigern. Denn für den 18. Februar des nächsten Jahres wird der Stimmbürger zur Urne gerufen werden, um über die «*Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen*» zu befinden.

Der Titel der Initiative tönt harmlos und vernünftig, ja urdemokratisch, und auch ihr Text lässt bei oberflächlichem Lesen den Schluss zu, hier gehe es allenfalls um eine gewisse Verschärfung der Bewilligungsvorschriften für Kernanlagen. Wenn das zuträfe, wäre hier kaum der Ort, näher auf das Begehren einzutreten. Den Pferdefuss entdeckt man erst beim zweiten Blick. Im Klartext läuft die Initiative nämlich auf nichts weniger als ein *faktisches Verbot der Kernenergie in unserem Lande* hinaus, und das macht sie zu einem volkswirtschaftlichen Problem ersten Ranges. Zwar ist sie vordergründig gegen die Elektrizitätswirtschaft gerichtet, aber die Folgen im Falle der Annahme träfen beileibe nicht nur diese, sondern die gesamte Wirtschaft, die Arbeitnehmer eingeschlossen. Sie wären unabsehbar und unsinnig.

Den Initianten geht es nach ihren eigenen Angaben um die Verbannung der Kernenergie aus unserem Lande. Sie begründen ihre Absicht mit der Behauptung, die Kernenergie sei gefährlich, umweltfeindlich und überdies unnötig. Dem steht unsere durch jahrelange Erfahrung erhärtete Überzeugung gegenüber, dass sie sicher, umweltfreundlich und zudem absolut notwendig ist. Diese Gewissheit ist die Basis unseres Engagements in der Kernenergie, und ich vertrete sie auch heute vor Ihnen.

Ich beginne meine Ausführungen beim Angelpunkt der Kontroverse, dem Themenkreis *Sicherheit und Umweltbelastung*. Unsere Gegner behaupten, die Kernenergie sei mit unzumutbaren Gefahren für die Umwelt behaftet. Sie sagen das heute differenzierter als noch vor wenigen Jahren, als sie die Bevölkerung mit der Behauptung schreckten, sogar ein normal laufendes Kernkraftwerk verseuche seine Umwelt radioaktiv. Man hat sich jetzt zur Hauptsache auf zwei Fakten zurückgezogen, nämlich auf die *möglichen Störfälle in Kernkraftwerken* und auf die *radioaktiven Abfälle*, strapaziert diese aber dafür um so mehr. Bar aller Hemmungen beschwören unsere Gegner das Gespenst grosser Katastrophen durch Reaktorunfälle und eines durch radioaktive Abfälle für alle Zeiten rettungslos verseuchten Planeten Erde. In unserer Aufklärungsarbeit müssen wir dann diese grotesken Vorstellungen Stück um Stück korrigieren und redimensionieren. Das gleicht zwar manchmal dem Kampf gegen die Hydra oder dem Bemühen des Sisyphus, aber der Erfolg wird doch allmählich sichtbar. Langsam, aber sicher dringen unsere besseren Argumente durch.

Zunächst zu den *Störfällen*. Solche können vorkommen und kommen vor. Aber unsere Kernkraftwerke sind so ausgelegt, dass Störungen vorkommen *dürfen*. Es gibt so gut wie keine Panne in irgendeiner Kernanlage irgendwo in der freien Welt, die nicht via Massenmedien sofort bekannt würde, und nicht nur die Gegner der Kernenergie, die jeden kleinsten Zwischenfall sofort hochspielen, führen eine Liste, sondern auch wir. Ihre Durchsicht zeigt, dass alle Störfälle eines gemeinsam haben: *Nie kam ein Mensch aus nuklearer Einwirkung zu Schaden*. Der Grund liegt in den umfangreichen Sicherheitseinrichtungen, die in ihrer Perfektion nur noch mit jenen der Raumfahrt verglichen werden können. Natürlich ist das mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbundene Risiko nicht gleich Null im streng mathematischen Sinn. Aber es ist nahezu Null, und das kann man von den meisten anderen Risiken nicht sagen, die wir täglich mit der grössten Selbstverständlichkeit auf uns nehmen. Der

prominente Atomphysiker und Philosoph Carl-Friedrich von Weizsäcker, beileibe kein vehementer Befürworter der Kernenergie, stellte kürzlich einen eindrucklichen Vergleich an, als er sinngemäss sagte: «Fingieren wir einmal, das Automobil sei eben erst erfunden worden und eine Wirtschaftsgruppe schlage die Errichtung eines Strassennetzes mit Transport von Personen und Waren – auch gefährlicher Waren – vor, und sie begleite ihren Antrag mit realistischen Abschätzungen der in Kauf zu nehmenden Gefahren: Nach allen heute geltenden Kriterien dürfte hierfür keine Bewilligung erteilt werden.» Soweit von Weizsäcker. Das von ihm angeführte Beispiel zeigt, mit welch ungleichen Maßstäben gemeinhin gemessen wird. Überall bleibt letztlich ein zumutbares Restrisiko, und bei der Kernenergie ist dieses vergleichsweise winzig.

Ich komme zu den *radioaktiven Abfällen* und rufe in Erinnerung, dass diese keineswegs ein Charakteristikum der Kernenergie sind – es gibt sie nämlich seit der Einführung der Strahlenmedizin. Aber bleiben wir bei den *Abfällen aus Kernkraftwerken*. Wir leugnen durchaus nicht, dass in dieser Hinsicht ein Kernkraftwerk problematischer ist als beispielsweise ein Kohle- oder Ölkraftwerk. Dass es per Saldo trotzdem ungleich umweltfreundlicher ist, werde ich nachher noch darlegen. Das Problem hat aber viel geringere Dimensionen, als man aufgrund der Angstappelle der Atomkraftgegner annehmen könnte, und es reduziert sich bei näherer Betrachtung auf die *hochradioaktiven Abfälle*. Die mittelaktiven sind wesentlich einfacher zu beseitigen, die schwachaktiven ohnehin. Diese hochaktiven Abfälle entstehen überdies nicht im Kernkraftwerkbetrieb selbst, sondern erst bei der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente in ausländischen Anlagen. Sie geben sowohl Wärme als auch radioaktive Strahlung ab. Die Wärme geht nach einigen Jahren der Zwischenlagerung in den Aufarbeitungsanlagen so weit zurück, dass die Rückstände mit Glas verschmolzen und in sichere Stahlbehälter eingeschlossen werden können. In dieser Form können die Abfälle zur Endlagerung in eine stabile geologische Formation ausserhalb unseres unmittelbaren Lebensraumes eingebracht werden.

Diese Endlagerung ist noch nicht aktuell, denn gegenwärtig dauert für die hochaktiven Abfälle aller Kernkraftwerke der Welt, nicht nur der schweizerischen, noch die Zwischenlagerphase an. Die Abfälle sind in der Obhut der Aufarbeitungsanlagen und werden dort, was die Schweiz betrifft, bis in die neunziger Jahre hinein bleiben. Erst dann werden wir sie möglicherweise – sicher ist dies keinesfalls – in unser Land zurücknehmen müssen. Für diesen Fall hat die schweizerische Elektrizitätswirtschaft ein *Entsorgungskonzept* entwickelt, das – nach einer längeren Phase der aus technischen Gründen gebotenen Zwischenlagerung – die Endlagerung der in Glas eingeschmolzenen Rückstände in Gesteinsformationen vorsieht, die seit vielen Jahrmillionen geologisch stabil sind und es nach Ansicht der Wissenschaftler noch weitere Jahrmillionen bleiben werden. Solche Formationen sind auch in unserem Land vorhanden, doch müssen sie im Einzelfall getestet werden, und die gegnerische Propaganda hat es fertiggebracht, dass einstweilen jede Gemeinde, auf deren Gebiet Versuchsbohrungen – sogar im Zusammenhang mit schwachaktiven Abfällen – vorgenommen werden sollen, zunächst einmal vehement opponiert. Das Gestein wird zwar Millionen Jahre halten, für unsere Zwecke würden jedoch bereits tausend ausreichen. Nach dieser Zeit ist das Risiko der Abfälle auf das der natürlichen Uranerze abgesunken. Für solche Zeitspannen verfügen wir über reiche Erfahrungen mit der Natur und mit Baumaterialien. *Die hochradioaktiven Abfälle sind somit von der Materie her kein unbeherrschbares Problem – mengenmässig sind sie es schon gar nicht*. Aus dem Betrieb eines Kernkraftwerkes der Grösse von Gösgen

oder Leibstadt entstehen pro Betriebsjahr nämlich ganze zweieinhalb Kubikmeter verglaste Abfälle.

Das sind *Fakten*, die wir der Angst gegenüberstellen, wie sie von den Kernenergiegegnern geschürt wird. «Gegen Atomkraftwerke – weil wir an unsere Kinder denken» heisst ihr neues Schlagwort, mit dem sie das alte Argument aufwärmen, wir dürften kommenden Generationen nicht unseren Abfall hinterlassen. Wer so angedredet wird, sollte zweierlei bedenken. Erstens, dass wir unseren Nachkommen viele Erbschaften hinterlassen, die ihnen wesentlich grössere Gefahren bringen können als diese sorgfältig versenkte Radioaktivität. Zweitens aber, und das macht das Schlagwort vollends zur Farce, *dass uns ausgerechnet die Kernenergie in die Lage versetzt, unsere herkömmlichen Energievorräte wie Öl, Kohle und Erdgas besser zu schonen* und dadurch der Nachwelt mehr davon übrigzulassen, als wenn wir sie voll ausschöpfen müssten. Das Öl ist ohnehin zum Verheizen längst zu kostbar und sollte noch für lange Zeit als Basis für die petrochemischen Produkte zur Verfügung stehen, ohne die die kommenden Generationen Mühe haben dürften, sich ausreichend mit Bedarfsartikeln, Kleidung und Nahrung zu versorgen. Gegen die Kernenergie, weil wir an unsere Kinder denken? Doch wohl kaum.

Ich komme schliesslich zum Vorwurf, die Kernenergie sei nicht *umweltfreundlich*, und ich habe auch hier ein paar wenige Zahlen, die eigentlich alles sagen. Wenn ein 1000-Megawatt-Kraftwerk mit Öl betrieben wird, gibt es pro Betriebsjahr an seine Umwelt nebst weiteren Immissionen 50000 Tonnen giftiges Schwefeldioxyd ab, dazu 5 Millionen Tonnen Kohlendioxyd, die zu einer nicht zu reparierenden, dauernden Klimaverschlechterung führen können. Wird es hingegen mit Kernbrennstoff betrieben, sind seine Immissionen praktisch Null. Deshalb haben die schweizerischen Umweltschutzorganisationen seinerzeit den direkten Schritt von der Wasserkraft zur Kernenergie ohne die Übergangslösung mit Kohle- und Ölkraftwerken so lebhaft begrüsst. Jetzt ist dort offenbar eine neue Generation am Ruder, die sich nicht mehr daran erinnert. Nur so ist es erklärlich, dass das Wort «Umweltschützer» durch eine völlige Begriffsumkehrung zum Nobelausdruck für «Kernenergiegegner» werden konnte.

Wir bauen in der Schweiz Kernkraftwerke, um erstens den steigenden Elektrizitätsbedarf auch in Zukunft decken zu können, und um zweitens durch die Lieferung von Wärme an Fernheizsysteme das kostbare Erdöl als Brennstoff teilweise abzulösen. Da der Aufbau von Wärmeverteilnetzen längere Zeit benötigt, steht zunächst der reine Elektrizitätsbedarf im Vordergrund. Wenn dieser auch in Zukunft wächst, brauchen wir weitere Kernkraftwerke. Damit sind wir beim oft zitierten Thema *Wachstum*. Einige Jahre Rezession haben wenigstens den Erfolg gehabt, dass unsereins das Wort «Wachstum» wieder in den Mund nehmen darf, ohne sofort rücksichtsloser Expansionsabsichten verdächtigt zu werden. Ja es beginnt sich in weiten Kreisen die Erkenntnis durchzusetzen, dass ohne massvolles Wachstum nicht nur unser Lebensstandard, sondern unser ganzes Wirtschaftssystem gefährdet ist. Ich betone ausdrücklich: *massvolles Wachstum*, nicht wucherndes, und diesem Postulat kann man doch wohl vernünftigerweise kein besseres entgegenhalten. Die Frage ist müssig geworden, ob wir ein Wachstum überhaupt wollen – wir sind nämlich schlicht und einfach zum Wachstum gezwungen. Ob wir dieses im notwendigen Umfang erreichen, ist eine andere Frage – aber es wäre töricht, es nur deshalb zu verfehlen, weil man sich ohne Not der Möglichkeit begeben hat, genügend Energie bereitzustellen. Denn *Wirtschaftswachstum ist gleichbedeutend mit Energiebedarfswachstum*.

Bisher ist der Verbrauch von Energie insgesamt, also aller Energiearten zusammengenommen, sowohl weltweit als auch speziell in der Schweiz, ziemlich genau parallel zum Bruttosozialprodukt gestiegen, der geläufigen Messgrösse des Wirtschaftswachstums. Dass er auch den Rezessionsknick mitgemacht hat, beweist die wechselseitige Abhängigkeit. Was speziell den *Elektrizitätsbedarf* betrifft, so zeigte dieser in den letzten Jahren einen steileren Anstieg als der Gesamtenergiebedarf und erfuhr eine wesentlich geringere Abschwächung in der Rezession. *Ohne jeden Zweifel muss auch für die Zukunft ein weiteres Steigen des Elektrizitätsbedarfs angenommen werden*. Im vergangenen Jahr betrug der effektive Zuwachs 5,2%. In den Prognosen im Schlussbericht der Kommission für die Gesamtenergiekonzeption wird die jährliche Zuwachsrate bis 1985 mit 3,4% beziffert. Man dürfte mit dieser Schätzung wohl an der unteren

Grenze liegen. Auf einen noch geringeren Bedarfszuwachs abzustellen – oder ihn gar zu verordnen – hiesse negative volkswirtschaftliche Folgen in Kauf nehmen. Es würde nicht zuletzt den Verzicht auf Produktivitätssteigerungen bedeuten, die gemeinhin nur mit erhöhtem Energie-, vor allem aber Elektrizitätseinsatz möglich sind.

Ob das ausgerechnet für die Schweiz das richtige wäre, muss füglich bezweifelt werden – für ein Land ohne Rohstoffe, auf einen Weltmarkt angewiesen, der ihm nur noch höchstveredelte Produkte abnimmt. Als ob wir mit dem extremen Höhenflug des Schweizer Franks nicht schon genug Schwierigkeiten hätten! Wenn unsere Wirtschaft nicht ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßen will, was unser Land in eine schwere, anhaltende Krise stürzen würde, muss sie ständig ihre Produktivität steigern, d.h., sie muss rationalisieren. Diese Rationalisierung erfolgt unter anderem mittels *Mehreinsatz von Energie*, vornehmlich Elektrizität. Das war schon so, bevor es Kernenergie gab, aber die Kernenergie muss mithelfen, dass das auch so bleiben kann. Es gibt Gegner der Kernenergie, die das wissen. Deshalb bekämpfen sie die Produktivitätssteigerung in der Absicht, neue Kernkraftwerke überflüssig zu machen. Wieder ist ein Schlagwort in Umlauf gesetzt worden, die Behauptung: «*Energie – gemeint ist vor allem Elektrizität – rationalisiert Arbeitsplätze weg.*» Eine markante Formulierung, aber eine falsche Aussage. Wie es sich wirklich verhält, hat Bundesrat Ritschard am 19. April 1978 im Nationalrat ausgeführt:

«Die Gefahr von Arbeitslosigkeit entsteht später, denn nämlich, wenn unsere Industrie mangels Energie den Entwicklungen anderer Industriestaaten nicht mehr folgen kann. Vielleicht kann unsere Exportindustrie dann Energie aus dem Ausland beziehen. Das Ausland verwirklicht seine Atomkraftwerkprogramme. Zurzeit sind in Westeuropa 117 Atomkraftwerke im Bau, in Osteuropa (inkl. Russland) 66. Vielleicht – ich sage vielleicht – verkaufen uns diese Länder Strom, weil wir selber keine Atomkraftwerke wollen; aber dieser Strom wird teurer erkaufte sein als der, den wir selber herstellen, und das wird – notgedrungen – die Konkurrenzfähigkeit unserer Exportindustrie beeinträchtigen. Daraus würde Arbeitslosigkeit entstehen, und ich habe Angst vor einer Arbeitslosigkeit, die nichts mit Konjunktur und nichts mit einem Frankenkurs zu tun hat, sondern die aus einem technologischen Rückstand entstanden ist, der sich dann nur schwer, oder wenn, dann nur über lange Strecken hinweg aufholen lässt. Eine solche Krise würde unsere Wirtschaft und den Arbeitnehmer in unserem Lande schwerer treffen als eine – immer auch schmerzliche – Betriebsstillegung, weil es eben eine strukturelle Frage wäre. Wer mich fragt, ob man es verantworten könnte, Atomkraftwerke zu bauen, dem stelle ich mit Blick auf unsere langfristigen Beschäftigungsprobleme die Gegenfrage, ob er es verantworten wolle, keine zu bauen. Das ist die Frage, die wir ihm zu stellen haben.»

Unsere Wirtschaft braucht also ein ausreichendes Energieangebot, wenn sie bleiben soll, was sie ist, und wir das Erreichte nicht aufs Spiel setzen wollen. Die Elektrizität aus Kernenergie wird dabei einen wachsenden Anteil übernehmen müssen, und dafür braucht es neue Kernkraftwerke. Das ist aber nicht der einzige Grund, warum die Schweiz es sich nicht leisten kann, auf die Kernenergie zu verzichten. Selbst mit genügend Elektrizität ist das ausreichende *Gesamtenergieangebot* nämlich bereits mittelfristig in Frage gestellt, wenn wir es nicht einer Strukturveränderung unterziehen. Die Schweiz deckt ihren derzeitigen Energiebedarf zu 75% mit Erdöl und steht mit dieser einseitigen Abhängigkeit an der Spitze der westlichen Industriestaaten. Das ist an sich schon gefährlich, wird aber wirklich prekär, wenn das Erdöl knapp wird. Dann müssen andere Energien diese Lücke füllen, müssen *das Erdöl ablösen, es substituieren*. Theoretisch steht dazu eine ganze Reihe von Ersatzenergien zur Verfügung, in der Praxis reduzieren sie sich jedoch auf drei: das umweltfreundliche, aber nur in begrenzten Mengen vorhandene *Erdgas*, die *Kohle*, deren Renaissance schon in kohleproduzierenden Ländern schwierig ist und bei uns erst recht, und die *Kernenergie*, die heute als ausgereifte, umweltfreundliche Technologie zur Verfügung steht. Die Sonnenenergie, allzuoft als die Patentlösung gepriesen, kann in absehbarer Zeit im besten Fall einen willkommenen Beitrag an die Raumheizung und Warmwasserbereitung leisten, aber sie kann Kernkraftwerke nicht überflüssig machen, die neben Wärme vor allem auch Elektrizität erzeugen.

Nach all dem Gesagten erscheint die Frage überflüssig, *ob die Schweiz sich den Luxus leisten kann, die Atominitiative anzunehmen*.

Aber sie ist nun einmal gestellt, und der Souverän hat sie demnächst zu beantworten. Es bleibt zu hoffen, dass er der Empfehlung auf Verwerfung ebenso deutlich folgt, wie diese von Regierung und Parlament ausgesprochen wurde. Die Annahme der Initiative würde unserer Volkswirtschaft im wahrsten Sinne teuer zu stehen kommen. Es geht jedoch nicht nur um die Kosten, so riesig und unsinnig sie wären. Noch entscheidender ist, dass durch die Annahme der Atominitiative *ein für allemal eine Energieform aus unserem Lande verbannt würde, auf die wir zur Sicherstellung unserer Energieversorgung dringend angewiesen sind*. Deshalb vor allem ist die Initiative so gefährlich.

Sie ist obendrein unnütz. Denn der Vorwand, es müsse den berechtigten Anliegen der Bevölkerung Rechnung getragen werden, ist durch die *Revision des Atomgesetzes* dahingefallen. Die Bevölkerung wird künftig ein ausserordentlich weit gefasstes Mitspracherecht haben, und das Parlament als letzte Bewilligungsinstanz hat sogar die – allerdings fragwürdige – Möglichkeit, einem Projekt aus rein politischen Gründen die Zustimmung zu versagen, was ja ebenfalls

nichts anderes ist als Rücksichtnahme auf die gerade herrschende Bevölkerungsmeinung. Durch die Einführung des *Bedarfsnachweises* ist der Bau von Kernkraftwerken «auf Vorrat» jetzt auch vom Gesetz her verunmöglicht, was offenbar einem wichtigen öffentlichen Anliegen entspricht – dass das schon immer ein Gebot unternehmerischer Verantwortung war, scheint nicht mehr zu genügen. Auf der anderen Seite wird die Elektrizitätswirtschaft jedoch weder von ihrer Versorgungsaufgabe entbunden, noch wird ihr die Verantwortung für die Investitionen abgenommen. Dies ist ohne Zweifel ein äusserst unbefriedigender Zustand.

Trotzdem wird die Elektrizitätswirtschaft weiterhin bestrebt sein, auch unter den neuen Rahmenbedingungen ihrer Versorgungsaufgabe bestmöglich gerecht zu werden. Sie vertraut darauf, dass die politischen Entscheidungsinstanzen das neue Gesetz massvoll und weitzblickend anwenden. Dann ist es bei all den Erschwernissen, die es uns bringt, gerade noch tragbar. Die Folgen der Atominitiative hingegen, würde sie angenommen, wären untragbar.

Nationale und internationale Organisationen Organisations nationales et internationales



UNIPEDE: Studienunterkomitee für Belastungskurven

Am 7. September 1978 traten die Mitglieder des Studienunterkomitees für Belastungskurven in Graz zu einer Arbeitssitzung zusammen. Unter dem Vorsitz von Herrn Marciani, Direktor der ENEL, Italien, konnten verschiedene Studien eingehend diskutiert werden. Alle diese Dokumente sind für den Warschauer Kongress von 1979 vorgesehen, deren Abgabefrist auf den 15. September 1978 angesetzt wurde, damit die definitiven Übersetzungen und der Druck rechtzeitig veranlasst werden können.

Das Studienunterkomitee wird in Warschau folgende Berichte unterbreiten:

- Nr. 71/D1 Introduction to RWE-magnetic tape recorder, measured data recording system
- Nr. 71/D2 Contribution aux recherches de méthodes pour l'exploitation des résultats des campagnes
- Nr. 71/D3 The Place of Diversity Studies in Load Research
- Nr. 71/D4 The «Last Word» on Bary's Curve
- Nr. 71/D5 Methods for the Construction of Normalized Load Curves
- Nr. 71/D6 Monte-Carlo Simulations used for Studies of Load Curves
- Nr. 71/D7 Synthèse des Etudes Régionales

Die angegebenen Originaltitel richten sich nach der Sprache des verantwortlich zeichnenden Verfassers.

Zum Abschluss der Sitzung wurden einige Grundüberlegungen für anstehende Arbeiten nach dem Kongress besprochen. Im Vordergrund stehen Untersuchungen über die meteorologischen Einflüsse auf die Belastungskurven sowie über die sozioökonomischen Einflüsse. Als aktuelles Problem werden die Wärmepumpe und deren Netzeinflüsse aufgegriffen. Weitere Themen dürften bis zur nächsten Sitzung im Mai 1979 genau umschrieben vorliegen.

P. Bürgi

Betriebsleiterverband

Ostschweizerischer Gemeinde-Elektrizitätswerke (BOG)

Auf Einladung der Städtischen Werke Baden trafen sich die Mitglieder und Gäste des BOG am 19. September 1978 zur Herbstversammlung in dieser Industrie- und Bäderstadt des Kantons Aargau. Von den behandelten Traktanden sei nur eine erwähnt: Der nächste Tagungsort wird Weinfelden sein.

UNIPEDE: Sous-comité d'études des courbes de charge

Les membres de ce sous-comité se sont réunis à Graz le 7 septembre dernier pour une séance de travail, présidée par M. Marciani, directeur à l'ENEL, Italie. Différentes études ont pu être discutées de façon approfondie. Elles sont toutes prévues pour le congrès de Varsovie en 1979. La date ultime de remise des rapports avait été fixée au 15 septembre 1978, afin de disposer du temps nécessaire pour les traductions et l'impression.

Le Sous-comité soumettra à Varsovie les rapports suivants:

- N° 71/D1 Introduction to RWE-magnetic tape recorder, measured data recording system
- N° 71/D2 Contribution aux recherches de méthodes pour l'exploitation des résultats des campagnes
- N° 71/D3 The Place of Diversity Studies in Load Research
- N° 71/D4 The «Last Word» on Bary's Curve
- N° 71/D5 Methods for the Construction of Normalized Load Curves
- N° 71/D6 Monte-Carlo Simulations used for Studies of Load Curves
- N° 71/D7 Synthèse des études régionales

Les titres originaux correspondent à la langue de l'auteur qui a signé le rapport en tant que responsable.

A la fin de la séance, on a discuté quelques considérations de principe sur les travaux à entreprendre après le congrès. Il s'agit surtout d'études sur l'influence des conditions atmosphériques et socio-économiques sur les courbes de charge. L'étude de la question d'actualité que représente la pompe à chaleur va être entamée maintenant. D'autres questions à étudier seront définies par écrit jusqu'à la prochaine réunion.

P. Bürgi

Association des chefs d'exploitation des services d'électricité communaux de Suisse orientale (BOG)

A l'invitation des Services industriels de Baden, les membres et les invités de l'association BOG se sont réunis le 19 septembre dernier pour leur assemblée d'automne dans cette ville industrielle et thermale du canton d'Argovie. La prochaine assemblée se tiendra à Weinfelden.